

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB skizziert den Kurs der künftigen SPD-Steuerpolitik: Der Kurs heißt Steuergerechtigkeit.

Seite 1

Dokumentation:

Norbert Gansel, SPD-Obmann im U-Boot-Ausschuß des Bundestages, zog eine Bilanz der bisherigen Untersuchungen: Es bleiben noch viele Fragen offen.

Seite 3

42. Jahrgang / 34

18. Februar 1987

Der Kurs der SPD heißt Steuergerechtigkeit

Lehren für die Steuerpolitik aus dem Bundestagswahlkampf

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der Fraktion der SPD im Finanzausschuß

„Es gab kein Thema, das so angesprochen ist in den letzten Wochen wie das Steuerthema - und leider zu Gunsten der SPD“, sagte die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Frau Noelle-Neumann in einer Analyse nach der Bundestagswahl. Das Allensbacher Institut hat festgestellt, daß das zu Beginn des Bundestagswahlkampfes neutrale Thema Steuern zum „Renner“ in der Schlußphase des Bundestags-Wahlkampfes wurde. Als am Beginn des Wahlkampfes gefragt wurde, worüber besonders viel gesprochen werde, rangierte das Thema Steuern im letzten Drittel, von 33 Prozent genannt. In den folgenden Wochen nahm das Interesse für dieses Thema fast ununterbrochen zu - Mitte Januar stand es bei 57 Prozent.

Parallel zu der Zunahme des allgemeinen Interesses am Thema Steuern entwickelte sich die Einschätzung der Kompetenz der Parteien. Im November trauten noch mehr Bürger der CDU/CSU als der SPD zu, die Steuern einfach und gerecht zu gestalten. Mitte Januar hatte sich dies umgekehrt. Der SPD wurden eher gerechte Steuersenkungen zugetraut als der CDU.

Für diese Entwicklung sind folgende Faktoren maßgebend:

1. Die Frage des materiellen Wohlergehens spielt nach wie vor eine politisch ausschlaggebende Rolle. Die Verteilung der volkswirtschaftlichen Steuerlast ist dabei die zentrale Gerechtigkeitsfrage. Die SPD muß in diesem Zusammenhang ihre Einsicht offensiv vertreten, daß der Staat zur Finanzierung seiner Aufgaben ausreichende finanzielle Mittel braucht. Niemand kann angesichts der vor uns stehenden Aufgaben versprechen, daß die volkswirtschaftliche Steuerbelastung insgesamt - statistisch ausgedrückt in der Steuerlastquote - gesenkt werden kann. Dies ist für die Bürger auch durchaus einsichtig. Umso wichtiger ist es für die Bürger aber, daß der Staat sorgsam mit den Steuermitteln umgeht und daß die Steuerlasten gerecht verteilt werden. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist immer mehr die Forderung nach Steuergerechtigkeit, die damit auch zu einem Eckpfeiler der Gesellschaftspolitik geworden ist. Die Auswirkungen der Steuerpolitik sind für jeden Bürger konkret spürbar.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner
des Sozialdemokratischen
Pressediens



2. Diese als ungerecht empfundene Steuerbelastung wird von den Bürgern weitgehend der Regierung Kohl angelastet: Als bei einer Allensbach-Umfrage gefragt wurde, was sich unter der Regierung Kohl gebessert oder verschlechtert habe, gaben 32 Prozent an, die Steuerlast sei größer geworden. Nur 14 Prozent sagten, die Steuerlast habe sich verringert. Diese subjektiven Erfahrungen der Bürger stimmen mit der tatsächlichen Entwicklung überein: Von 1982 bis 1986 stiegen die Brutto-Einkommen der Arbeitnehmer um 139 Milliarden DM, netto blieben jedoch nur 53 Milliarden DM übrig. Die Arbeitnehmer mußten also von ihrem zusätzlichen Einkommen 62 v.H. an Steuern und Abgaben zahlen. Dagegen mußten die Kapitaleigner und Unternehmer von dem im gleichen Zeitraum erfolgten Anstieg ihres Brutto-Einkommens um 164 Milliarden DM lediglich sechs v.H. an Steuern und Abgaben zahlen.
3. Die Bürger sind von der Steuersenkung zum 1. Januar 1986, die von Bundeskanzler Helmut Kohl als „größte Steuerreform aller Zeiten“ angekündigt wurde, tief enttäuscht. Bereits Anfang 1986 ergab eine Infratest-Umfrage, daß 80 v.H. der Befragten von der Steuersenkung nichts gemerkt hatten. Bei drei Allensbach-Umfragen zwischen Mai und Juni 1986 gaben sogar 86 Prozent an, sie hätten bei der Steuersenkung nichts bekommen.
4. Diesem Stimmungsbild entsprach die Wahlkampfaussage der SPD zur Steuerpolitik, die den Koalitionsparteien vorkhielt, die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer auf Rekordhöhen geschraubt zu haben und die für eine Steuersenkung zur Verfügung stehenden Mittel ungerecht zu verteilen. Vor allem der Hinweis darauf, daß bei der beschlossenen zweiten Stufe des Steuersenkungsgesetzes im Jahre 1988 Verheiratete erst ab einem Monatseinkommen von 4.000 DM entlastet werden, Spitzenverdiener dagegen mehrere tausend Mark erhalten sollen, machte die extrem einseitige Steuerpolitik der Bundesregierung deutlich. Das Steuersenkungsgesetz 1986/88, das nach dem Willen der Koalitionsparteien eigentlich ein Wahlkampfschlager werden sollte, wurde so zu einer Belastung für die Koalitionsparteien.
5. Die SPD konnte aber auch im Wahlkampf ihre steuerpolitische Alternative deutlich machen. Zentrale Aussage war: „Wir werden die für 1988 vorgesehene Steuersenkung bei gleichem Volumen so umbauen, daß 80 Prozent aller Ledigen und 90 Prozent aller Verheirateten weniger Steuern zu zahlen haben als nach dem Gesetz der Bundesregierung.“ Um diese Aussage in der breiten Öffentlichkeit glaubwürdig zu machen, führten wir eine bundesweite Telefonaktion durch. Am 14. Januar 1987 wurde in den Tageszeitungen eine Anzeige zur Steuerpolitik veröffentlicht, in der allen Bürgern angeboten wurde, sich durch einen Telefonanruf persönlich zu informieren, ob der „Rau-Tarif 1988“ für sie günstiger ist und wie groß der Unterschied ist. Diese Telefonaktion lief drei Tage lang, vom 14. bis 16. Januar 1987. Fünf Telefone waren jeweils von 9.00 bis 21.00 Uhr mit Steuerexperten besetzt. Tausende von Bürgern nutzten diese Möglichkeit. Die Aktion war ein überragender Erfolg, der sich auch in den Umfrage-Ergebnissen widerspiegelt: In diesen Tagen machte das Thema Steuern bei der Frage, über welche Themen im Wahlkampf besonders viel gesprochen werde, einen Sprung um zwölf Prozentpunkte nach oben.

Gerade die Telefonaktion zeigte, daß das Thema Steuern viele Bürger persönlich bewegt und für sie ein Maßstab für die Beurteilung politischer Alternativen ist. Die SPD hat die Chance, mit der Forderung nach einer gerechten Ausgestaltung unseres Steuerrechts nicht nur ihre traditionellen Wähler neu zu motivieren, sondern auch in die neuen sozialen Schichten der Aufsteiger und Dienstleistungsberufe einzudringen. Für diese Schichten ist eine leistungsgerechte Besteuerung als Ausdruck einer angemessenen staatlichen Anerkennung von persönlicher Arbeit und Anstrengung verbunden mit einer Einschränkung der steuerlichen Vorzugsbehandlung leistungsloser Einkünfte wie zum Beispiel spekulativer Finanzanlagen - durchaus attraktiv. Daß wir in den Augen der Bürger das richtige steuerpolitische Konzept haben, wird auch durch eine vor kurzem veröffentlichte Umfrage von Prof. Kaltefleiter vom Institut für politische Wissenschaften an der Universität Kiel bestätigt: Beim Thema Steuerreform ergab sich eine nahezu vollständige Übereinstimmung der Position der meisten Befragten mit der Position, die sie der SPD zusprechen.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß der Begriff „Steuergerechtigkeit“ im Bewußtsein der Wähler mit SPD verbunden wird. Der eingeschlagene steuerpolitische Weg muß konsequent fortgeführt und eher noch offensiver vertreten werden. Unsere steuerpolitische Initiativen zeigen auch bereits beim politischen Gegner Wirkung: In den derzeitigen Koalitionsverhandlungen werden von den Vertretern der CDU-Sozialausschüsse unsere Argumente gegen eine Spitzensteuersatzsenkung und weitere Maßnahmen zur einseitigen Besserstellung von Spitzenverdienern weitgehend übernommen. Wenn es sich hierbei auch nur um ein wahltaktisches Manöver im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen handelt, so zeigt dies doch, daß maßgebende Unionspolitiker befürchten, das Thema Steuergerechtigkeit werde sich in Zukunft noch stärker gegen sie richten. Die SPD hat die Chance, den hier bestehenden Kompetenzvorsprung in den kommenden Landtagswahlkämpfen zu nutzen und noch weiter auszubauen.

(-/18.2.1987/vc-hg/st)

Personal-Union
mit wertvollen Rückfragen
Kreuzung-Papier



DOKUMENTATION**Es bleiben noch viele Fragen offen**

Der SPD-Obmann im U-Boot-Ausschuß des Bundestages, Norbert Gansel, zog vor der Bundespressekonferenz am Dienstag eine Bilanz der bisherigen Untersuchungen. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut:

Ich möchte Sie zunächst davon informieren, daß die SPD-Bundestagsfraktion eben einstimmig beschlossen hat, daß der Untersuchungsausschuß seine Arbeit im neuen Bundestag wieder aufnimmt. Die bisherige Arbeit erlaubt es, bei aller Vorsicht einer Zwischenbilanz, einige Feststellungen zu treffen:

1. Unter Bruch des Waffenembargos der Vereinten Nationen sind zumindest Unterlagen für den Bau von U-Booten an Südafrika geliefert worden.
2. Das Verhalten der Firmen erscheint nur auf dem Hintergrund der schillernden Haltung des Bundeskanzleramtes erklärlich. Es ist nicht entschuldigbar. In konspirativer Weise haben beide Unternehmen das Geschäft auch ohne förmliche Genehmigung durchzusetzen versucht. Die Förderung politischen Entgegenkommens sollte rechtliche Barrieren beiseite räumen. Die von HDW schon zum 23. Mai 1984 eingeholte gutachterliche Stellungnahme zu strafrechtlichen Risiken bei Wohlwollen hochrangiger Politiker, belegt das ebenso wie die Drohung des Interessenvertreters von IKL, bei nicht genehmtem Ausgang des OFD-Verfahrens diskreditierende Unterlagen zu offenbaren. Daß die südafrikanische Botschaft in konspirative Machenschaften einbezogen war, komplettierte das Bild.
3. Während der Bundesminister der Finanzen aufforderte, von dem Geschäft die Finger zu lassen, das Bundesverteidigungsministerium das Geschäft auch nicht „in kaschierter Form“ tolerieren wollte, der Bundesaußenminister gar, wie in seiner gestrigen Vernehmung, „gar keinen Entscheidungsraum“ für die deutsche Politik bei der Lieferung von Waffenunterlagen an Südafrika sah, hat das Bundeskanzleramt die Vorbereitung des Rüstungsgeschäftes mit einer „wohlwollenden Prüfung“ begleitet.
4. Insbesondere der Bundeskanzler hat über seine engste Umgebung Erwartungen bei der Industrie geweckt, die rechtlich nicht einzuhalten waren. Übrigens auch bei seinem südafrikanischen Gesprächspartner Botha. Dafür trifft Kohl die politische Verantwortung. Sein Rückzug hinter Beamte gibt nicht nur Aufschluß über politischen Stil. Es ist der jämmerliche Versuch, auf Nachgeordnete Verantwortung abzuwälzen.
5. Wirtschafts- und Finanzministerium bleiben nicht frei von Kritik, insbesondere, was die Aufarbeitung des Vorganges angeht. Nach dem Inhalt der Akten ist davon auszugehen, daß die Staatsanwaltschaft aus dem Verfahren herausgehalten werden sollte, wenn es auch nur so eben noch rechtlich vertretbar erschien. Diese Überlegungen sind sogar bis auf Leitungsebene im auswärtigen Amt zumindest bekannt geworden.
6. Weitere Begleitumstände muten merkwürdig an. Zu nennen sind die Übergabe von Akten kurzer Hand vom Wirtschaftsminister an den Finanzminister persönlich, sowie die Übergabe des Vorganges in gleicher Form persönlich vom Ministerialdirektor Schmutzler (BMF) an Oberfinanzpräsident Hansen (OFD Kiel). Nicht zu vergessen die eigenartige Aktenführung bei beiden Ministerien in einschlägiger Sache. Es bleibt auch festzuhalten, daß der an die Oberfinanzdirektion Kiel abgegebene Vorgang unvollständig war, weil er das für die Beurteilung der Sache wichtige „Memo“ (Arbeitspapier für den Bundessicherheitsrat) von IKL und HDW sowie den Brief von Staatssekretär Schreckenberger vom 22. Oktober 1985 nicht enthielt.

7. Sehr spät, wenn überhaupt, scheint in Sonderheit beim Bundesfinanzminister der Sinn dafür geschärft worden zu sein, daß der Fall nicht mit der Ahndung einer Zuwiderhandlung erledigt sein konnte, sondern auch der Eigentümer der staatseigenen HDW-Werft im Interesse des Unternehmens und der Arbeitsplätze gefordert war. In dieser Hinsicht bleibt das Verhalten des Finanzministers erstaunlich blaß. Die postulierte Zurückhaltung im Hinblick auf das schwebende Verfahren bei der OFD hat damit gar nichts zu schaffen.
8. Die mannigfachen Unklarheiten bei dem Fall legen es nahe, daß die Staatsanwaltschaft sich nunmehr aktiv um die Prüfung möglicher strafrechtlicher Verstöße nach dem Außenwirtschaftsrecht, aber auch nach dem allgemeinen Strafrecht bemüht.
9. Und schließlich: Das schon angesprochene „Memo“ oder Arbeitspapier der Unternehmen für den Bundessicherheitsrat, das gewissermaßen den Fahrplan enthielt, nach dem das Geschäft dann später abgewickelt worden ist, war im Auswärtigen Amt, im Wirtschaftsministerium, im Finanzministerium, im Verteidigungsministerium und wohl auch im Bundeskanzleramt 1983 beziehungsweise 1984 bekannt. Es befindet sich, oder es befand sich bis gestern, nicht bei den Ermittlungsakten. Es ist durch einen seltsamen Zufall in allen Ministerien erst im Dezember 1986 - um im Jargon zu bleiben - wieder aufgetaucht, nachdem der Untersuchungsausschuß seine Arbeit begonnen hatte. Im Bundeskanzleramt sind diese Unterlagen dem Reißwolf anheim gegeben worden. Das gilt auch für den für das weitere Verfahren und für das Geschäft selbst wichtigen Vertrag.

II.

Was haben wir bisher im Ausschuß leisten können?

1. Wir haben es geschafft, daß die Ermittlungshandlungen bei den seit 15 Monaten dahinschlummernden OFD-Verfahren erheblich beschleunigt worden sind. Erst nach Bekanntwerden des Geschäftes ist der Zwischenbericht vom 28. November vorgelegt worden, ist Anfang Dezember dem HDW-Vorstand formell die Eröffnung des Bußgeldverfahrens mitgeteilt worden, sind die Untersuchungen des Bundesministeriums der Verteidigung zu einem möglichen Geheimnisverrat unternommen worden, sind die gutachterlichen Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums in Bezug auf einen Straftatbestand angefordert worden. Und schließlich ist erst nach Tätigwerden des Untersuchungsausschusses der Vertrag vom 15. Juni 1984 von den ermittelnden Behörden zu den Akten genommen worden.
2. Erst Anfang Dezember, nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses, wurde der HDW-Vorstand vom Bundesfinanzminister ermahnt, sich in Zukunft korrekt zu verhalten.
3. Erst nach Tätigkeiten des Untersuchungsausschusses hielt das Auswärtige Amt es für angebracht, sich an die südafrikanische Botschaft in Bonn wegen der Kurierdienste ihres Sekretärs zu wenden.
4. Darüber hinaus ist durch die Arbeit des Untersuchungsausschusses bereits jetzt gewährleistet, daß sich ein solches Rüstungsgeschäft nicht wiederholt.

III.

Wir haben am 10. Dezember 1986 der Union unseren Beweisbeschuß zur Kenntnis gegeben. Er wurde aber erst am 7. Januar 1987 im Ausschuß verabschiedet. Das war das Ergebnis eines Spiels auf Zeit. Die Firmen-Akten wurden erst am 6. Februar 1987 dem Ausschluß vorgelegt.

Die Akten der Bundesregierung waren bis zuletzt unvollständig. Das gilt für Ermittlungsvorgänge mindestens vom 10. Dezember 1986 bis zum 7. Januar 1987. Das gilt für einen Bericht des Bundes-



wehrbeschaffungsamt, der angefertigt wurde und in dem Herr Nöhse von IKL-Lübeck mitteilte, er habe „wunschgemäß“ der OFD mitgeteilt, daß ein Bau von U-Booten mit den gelieferten Unterlagen nicht möglich sei. Das gilt auch für die Einstellungsverfügung des Generalbundesanwalt drei Tage vor der Wahl. Und wir kennen auch nicht das Gutachten des Bundesverteidigungsministeriums zur Frage des möglichen Weiterreichens militärischer Geheimnisse an Südafrika.

Die Firmen-Akten enthielten wesentliche Lücken - Verträge möglicherweise, jedenfalls Vertrags-teile fehlten. Es fehlten Unterlagen über Zahlungsflüsse, über die gezahlten Provisionen, die mindestens vier Millionen Mark betragen. Die Protokolle der Vorstände sind lückenhaft. Vermerke über Gespräche mit der Bundesregierung fehlen ab August 1984. Und es fehlen auch andere Unterlagen, auf die Rückschlüsse nach den Akten möglich sind. Die Personenbezeichnungen waren verschlüsselt. Es wurden Tarnbegriffe benutzt. Ich glaube nicht, daß wir die „Cover-Story“ bisher voll aufgeklärt haben.

Zu den Vernehmungen ist festzustellen, daß 18 im Ausschuß gemeinsam beschlossene Zeugen noch nicht gehört werden konnten. Die Firmenvertreter konnten noch nicht gehört werden. Auch wenn zwei das Zeugenverweigerungsrecht in Anspruch genommen haben, so gibt es noch 13 weitere Vorstandsmitglieder und Direktoren der Unternehmen, die uns noch fehlen. Gehört werden müssen auch Herr Zoglmann, der als Interessenvertreter von HDW den Kontakt zur Bundesregierung herstellte und Herr Pieper, Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG. Schließlich ist auch die Geheim-einstufung von Unterlagen problematisch, da sie zum Teil eine öffentliche Behandlung erschwerte. Behördenvermerke wurden zu „geheim“ erklärt, nachdem das Parlament um die Vorlage gebeten hatte. Und die Firmenunterlagen, die die Regierung entlasten können, sind auf Antrag der Regie-rungsfraktionen und ohne Widerspruch der Firmen freigegeben worden, während unsere Anträge auf Entklassifizierung von Firmenunterlagen, die das Ganze in einem anderen Licht erscheinen lassen können, gestern abend von der Mehrheit im Ausschuß zurückgewiesen wurden. Dabei gab es eine Unterstützung von Firmenseite. Dies ist wohl auch kein Zufall.

Schließlich wurde bei den Zeugenvernehmungen von der Ausschlußmehrheit bei den Ministerial-räten auf Zeit gespielt, bei den Staatssekretären aufs Tempo gedrückt und bei den Ministern und beim Bundeskanzler schließlich ein Schlußgalopp vorgenommen.

IV.

Schon aus diesem Grunde, aber auch aus Gründen der Selbstachtung des Parlaments und aus Ver-antwortung im Umgang mit Rüstungsgütern müssen wir weiterarbeiten. Ministerien, Firmen, Regie-rungsparteien, die sich so verhalten, wie in diesem Fall, haben etwas zu verbergen. Wir sehen Auf-klärungsbedarf vor allem in folgenden acht Komplexen:

1. Wer trägt dafür die Verantwortung, daß die Firmen das Rüstungsgeschäft mit Südafrika ohne schriftliche Genehmigung abgewickelt haben? Ist das Vorhaben im Bundeskanzleramt nur wohlwollend geprüft worden, wie Herr Stoltenberg sagt, oder hat es nicht doch eine politische Zustimmung gegeben, wie die Firmenvertretungen sagen?
2. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß die Firmen noch Unterlagen geliefert haben, nach-dem der Bundeswirtschaftsminister sie persönlich auf die Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens hingewiesen hatte?



3. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß der Fahrplan für das illegale Rüstungsgeschäft, das sogenannte „Memo“ oder auch „Arbeitspapier für den Bundessicherheitsrat“ - ich füge hinzu: Transport von Mikrofilmen im Diplomatengepäck - der 1983/1984 in fünf Ministerien vorlag.
 - a) nicht in seiner Durchführung verhindert wurde,
 - b) bis gestern nicht zu den Ermittlungsakten gegeben wurde, obwohl Wirtschaftsminister Bangemann sagte, wenn er dieses Papier im Sommer 1985 gesehen hätte, hätte er sich möglicherweise für die Einschaltung der Staatsanwaltschaft entschieden?
4. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß in dem Ermittlungsverfahren der Oberfinanzdirektion Kiel eine ganze Reihe von Merkwürdigkeiten und Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen ist?
5. Ist die Lieferung von Unterlagen tatsächlich nach dem 20. Juni 1985 eingestellt worden? Ist das Ziel des Rüstungsgeschäftes danach eine mit anderen Mitteln auf anderen Wegen weiter verfolgt worden? In den Firmenakten gibt es dafür eine ganze Menge Hinweise. Ist dazu Personal nach Südafrika entsandt worden? Hat es Lieferungen von U-Boot-Komponenten, die genehmigungspflichtig waren, eventuell über andere Firmen gegeben? Ist nur ein Vertrag, sondern sind mehrere Verträge geschlossen worden?
6. Besteht wirklich Gewißheit darüber, daß keine militärischen Geheimnisse weitergegeben, und keine Geheimhaltungspflichten verletzt worden sind?
7. Wer hat aus welchen Gründen welche Provisionszahlungen erhalten, und wo sind sie geblieben? Liegt hier möglicherweise auch ein Motiv für das illegale Rüstungsgeschäft?
8. Ist sichergestellt, daß sich die Unternehmen, die dem Staat gehören, oder fast ausschließlich für ihn arbeiten, in Zukunft rechtstreu verhalten? Ist sichergestellt, daß ihre politische und rechtliche Kontrolle nicht durch konspirative Manöver und James-Bond-Gehabe erschwert oder gar verhindert wird? Denn nirgendwo ist diese Kontrolle so wichtig, wie in der Rüstungswirtschaft und in der Rüstungsexportpolitik.

V.

Dieses zu beantworten und zu prüfen ist nicht nur notwendig im Interesse der Außenpolitik der Bundesrepublik, sondern auch im Interesse unserer außenwirtschaftlichen Beziehungen und im Interesse der Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze. Wir haben eine ganze Menge zu tun. Wir bedanken uns für das Interesse, das unsere Arbeit bisher bei Ihnen gefunden hat, und wir hoffen, daß wir damit auch in Zukunft rechnen können.

(-/18.2.1987/vo-he/st)

* * *

